

-. P R O T O K O L L .-

über die

OEFFENTLICHE LANDTAGSSITZUNG

vom

5. April 1949

LANDTAG des FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN.

Vaduz, den 28. März 1949.

E i n l a d u n g

zu der am Dienstag den 5. April 1949, vormittags 9 Uhr,
stattfindenden Landtagssitzung.

T a g e s o r d n u n g :

1. Wahl der Regierungsräte und ihrer Stellvertreter,
2. Wahl der Verwaltungsbeschwerdeinstanz,
3. Wahl der Landessteuerkommission,
4. Geschäftsbericht der Sparkasse für das Fürstentum Liechtenstein - Liechtensteinische Landesbank in Vaduz - pro 1948,
Antrag der Finanzkommission auf Genehmigung der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1948 sowie
Genehmigung des Antrages des Verwaltungsrates betreffend die Verwendung des Reingewinnes;
5. Beschlussfassung betreffend Erhöhung des Dotationskapitals der Sparkasse für das Fürstentum Liechtenstein Liechtensteinische Landesbank in Vaduz um den Betrag von Franken 1 Million;
6. Beschlussfassung betreffend die Erhöhung des Anstaltskapitals der Liechtensteinischen Kraftwerke um den Betrag von Fr.2 Millionen;
7. Bewilligung eines Kredites von Fr.3 Millionen zur Durchführung der Kapitalerhöhungen gemäss Ziffer 5 und 6;
8. Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Liechtensteinischen Kraftwerke vom 16.7.1947 (Art.3);
9. Stellungnahme zur Vergebung der Postautokurse ;
10. Bewilligung eines Kredites von Fr.10'000.-- für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle.

LANDTAGS-PRAESIDIUM
in Vertretung:



Beginn: 9.30 h.

Anwesend sind alle Abgeordneten, ausgenommen Präsident Strub, welcher durch den Herrn Ersatzabgeordneten Josef Negele vertreten ist.

Vizepräsident Dr. Ritter eröffnet in Vertretung von Präsident Strub die Sitzung, begrüsst die Herren Abgeordneten und den Herrn Regierungsvertreter. Er ersucht sodann den Protokollführer um Verlesung des letzten Protokolls.

Nachdem das Protokoll genehmigt ist, schreitet Vizepräsident Dr. Alois Ritter zur Behandlung der Tagesordnung:

Abg. Dr. Alois Vogt meldet sich zum Wort und richtet folgende Ansprache an den Landtag:

" Auftrags und Namens der Fraktion der Vaterländischen Union habe ich zur Tagesordnung der heutigen Landtags-sitzung nachstehende Erklärung abzugeben:

In ehrlichem und von tiefem Verantwortungsbewusstsein getragenen Bestreben eine gesunde, dauernde und zuverlässige Plattform für die Zusammenarbeit beider Parteien im Landtag und in der Exekutive in der Zukunft zu finden und dem Abstimmungsergebnis der letzten Landtagswahl Rechnung tragend hat die Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union vom 20. März die Voraussetzungen umschrieben und formuliert, die nach ihrer Auffassung gegeben sein müssen um die Koalition in Regierung und Landtag fortsetzen zu können. Die Vaterländische Union hat sich in ihren Vorschlägen eng den Vorbildern in der Schweizerischen Eidgenossenschaft angelehnt.

Die Vorschläge unserer Partei wurden durch den geschäftsführenden Präsidenten dem Vorstand der Fortschrittlichen Bürgerpartei am Mittwoch den 23. März mit kurzer Begründung zur Kenntnis gebracht in der Annahme, dass, wie abgesprochen, die Delegiertenversammlung der Bürgerpartei am Freitag den 25. März stattfinden.

Bedauerlicherweise und aus uns unbekanntem Gründen sah sich der Vorstand der fortschrittlichen Bürgerpartei veranlasst, die Delegiertenversammlung erst auf den vergangenen Sonntag anzusetzen. Dem Parteipräsidenten der Vaterländischen Union wurde gestern abend der ablehnende Bescheid der Bürgerpartei auf die Vorschläge der Vaterländischen Union schriftlich zugestellt. Die Gründe der Ablehnung sind in keiner Weise stichhaltig und können seitens des Landesausschusses der Vaterländischen Union nicht zur Kenntnis genommen werden.

Die Ablehnung der Vorschläge der Vaterländischen Union die derselben im letzten Augenblick zugestellt wurde, hat eine vollständig neue politische Situation geschaffen, die einer eingehenden Prüfung durch die zuständigen Parteinstanzen der Vaterländischen Union bedarf. Die Fraktion der Vaterländischen Union bedauert deshalb, an der heutigen Sitzung des Landtags nicht teilnehmen zu können. Da jedoch die Erhöhung des Anstaltskapitals der LKW um 2 Millionen, die Erhöhung des Dotationskapitals der Sparkasse um 1 Million auf der Tagesordnung stehen, die Beschaffung des notwendigen Kredites ausserordentlich dringend ist, die Darlehensverhandlungen ausserdem abschlussreif sind, erklärt sich die Fraktion der Vaterländischen Union bereit

diese Punkte, aber ausschliesslich diese Punkte geschäftsordnungsmässig zu erledigen.

Meine Fraktion bedauert diese Entwicklung, für die sie die Verantwortung jedoch nicht übernehmen kann.

Ich stelle deshalb den Ordnungsantrag: die Erhöhung des Anstaltskapitals der LKW um 2 Millionen, die Gewährung des entsprechenden Kredites, sowie die Erhöhung des Dotationskapitals der Sparkasse um eine Million, sowie die Gewährung eines entsprechenden Kredites seien in Abänderung der Tagesordnung als ersten Punkt zu behandeln. Nachdem jedenfalls auch der Fraktion der Bürgerpartei die Wichtigkeit dieser Punkte bekannt ist, der Vertreter der Regierung ebenfalls auf sofortige Behandlung der Anträge dieser Punkte dringen wird, nehme ich an, dass meinem Antrag ohne weitere Debatte stattgegeben wird. "

Vizepräsident Dr. Alois Ritter: Es liegt ein Ordnungsantrag vor, wünscht sich jemand zu diesem Antrag zu äussern?

Abg. Bühler Oswald wünscht, dass sich die Fraktion der Bürgerpartei auf ein paar Minuten zur Beratung ins Konferenzzimmer zurückzieht.

Vizepräsident Dr. Alois Ritter gibt diesem Antrag Folge und schaltet eine viertelstündige Pause ein.

Vizepräsident Dr. Ritter eröffnet die Sitzung nach Ablauf der Pause wieder und ersucht den Abgeordneten Bühler um Stellungnahme

Abg. Oswald Bühler erklärt, dass der Antrag der Union nicht der Verfassung entspreche. In allererster Linie müsste die Regierung bestellt werden. Nachdem es die Union in der Hand habe abzutreten, bringe die Fraktion der Bürgerpartei folgenden Ergänzungsantrag vor: Der Geschäftsbericht der Sparkasse für das Fürstentum Liechtenstein pro 1948 sollte ebenfalls durchbesprochen und genehmigt werden. Desgleichen sei die Bewilligung des Kredites von Fr. 10000.-- für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle sehr wichtig. Die Ausschreibung dieser Stelle sollte sofort erfolgen können. Die Bürgerpartei möchte die Verantwortung ablehnen, wenn diese Punkte nicht behandelt würden. Schliesslich stelle der Bauernstand die grosse Mehrheit unseres Volkes und es wäre deshalb verantwortungslos, wenn die liechtensteinische Landwirtschaft dieser grossen Hilfe beraubt würde. Ihm wäre dies auf alle Fälle ebensoviel wert wie ein Dotationskapital.

Abg. Dr. Alois Vogt: Er könne die Auffassung des Abg. Bühler nicht teilen. Die Verfassung sehe wohl vor, dass der Landtag in seiner ersten Sitzung die Regierung zu bestellen habe. Wenn der Landtag nicht mehr dazu komme, könne er schliesslich auch nichts dafür. Auf die anderen vorgebrachten Punkte könne er nicht eintreten. Ob der Geschäftsbericht der Sparkasse 2 bis 3 Tage früher oder später behandelt werde, sei diesem nicht abträglich. Die Fraktion der Vaterländischen Union erkläre sich bereit, anfangs nächster Woche eine ordentliche Sitzung abzu-

halten. Ganz abgesehen davon hätte schon die letzte Woche eine Ländtagssitzung stattfinden können, es sei nicht die Schuld der Vaterländischen Union, dass diese nicht stattgefunden habe. Auch der Kredit von Fr. 10000.-- für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle sei nicht als so dringlich anzusehen. Er sei nicht in der Lage im Namen der Fraktion diesen Ergänzungsanträgen zuzustimmen. In vollem Verantwortungsbewusstsein und in Kenntnis der Dringlichkeit dieser Traktanden habe die Vaterländische Union beschlossen, die Punkte 5, 6 und 7 auf das Traktandum zu nehmen und nicht mehr. Er bitte die Herren Abgeordneten der Bürgerpartei, diese Stellungnahme nicht als Schikane aufzufassen.

Abg. Bühler Oswald gibt bekannt, dass ihn die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Alois Vogt bezüglich Streichung der Traktandenpunkte 10 und 4 von der Tagesordnung nicht hätten überzeugen können. Die Wichtigkeit der Genehmigung des Sparkassenberichtes könne nicht abgestritten werden. Er sehe ein, dass es für den Direktor der Landesbank sehr unangenehm sei, seine Kunden bezüglich Ausgabe des Geschäftsberichtes immer wieder vertrösten zu müssen. Ueber die Errichtung einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle habe man schon öfters diskutiert in Bauernkreisen und nun sei aus denselben Kreisen die Forderung nach einer baldigen Errichtung der Beratungsstelle gestellt worden. Er finde es nur recht und billig, diesem Begehren stattzugeben. Die landwirtschaftliche Beratungsstelle sei ihm mindestens so wichtig wie ein Dotationskapital. Wenn es sich bei der Verschiebung tatsächlich nur um ein paar Tage handle wie der Abgeordnete Dr. Vogt angedeutet habe, so sei er der Ansicht, dass die Verfassung eingehalten werden soll und man zuerst die Regierung bestelle. In diesem Falle vertrete er den Standpunkt, dass man lieber noch ein paar Tage warte und dann alles zusammen bearbeite.

Abg. Dr. Alois Vogt: Wir haben gebundene Marschroute und können keinen Gegenvorschlag der Bürgerpartei annehmen. Wenn der Vertreter der Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, dass die Regierung bestellt werde, so habe er auch nichts einzuwenden. Was die Errichtung einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle anbelange, so werde man doch zugeben, dass ein paar Tage in dieser Sache keine Rolle mehr spielen. Mit der Ausschreibung und der Einarbeitung der neuen Kraft gehe ohnehin soviel Zeit verloren, dass man von einem reellen Nutzen für diese Anbauperiode nicht mehr sprechen könne. Er betrachte deshalb die Bewilligung dieses Kredites als nicht so wichtig.

Regierungschef Alexander Frick: Er glaube, dass man die Erhöhung des Dotationskapitals der Liechtensteinischen Landesbank und der Liechtensteinischen Kraftwerke doch ohne weiteres heute vornehmen könnte. Er habe einen Vorschlag der Schweizerischen Volksbank in St. Gallen über die Aufnahme dieser Anleihe vorliegen. Letzte Woche habe er sich auch in Bern aufgehalten und habe auch dort Gelegenheit gehabt über eine Anleiheaufnahme mit verschiedenen kompetenten Persönlichkeiten zu sprechen. Er gibt noch den Inhalt des Schreibens der Schweizerischen Volksbank

bekannt; die Bank möchte die derzeitige flüssige Lage auf dem Kapitalmarkt noch ausnützen und der Regierung wäre selbstverständlich sehr gedient, wenn diesem Wunsche entsprochen würde.

Abg. Brunhart Heinrich schliesst sich der Stellungnahme des Abgeordneten Dr. Vogt an.

Abg. Brunhart Fidel vertritt den Standpunkt, dass man die ganze Angelegenheit zurückstelle, sofern es nicht länger als 3 -4 Tage dauere bis zur folgenden Landtagssitzung.

Regierungschef Frick teilt mit, dass zwei Herren von der Eidgenössischen Postverwaltung auch für ein Referat über die Postautohalterstellen vorgemerkt seien. Man möge bestimmen, ob die Referate heute angehört werden sollen.

Abg. Dr. Alois Vogt: Nachdem sich die Herren von der Postverwaltung schon angemeldet hätten, sei die Fraktion der Vaterländischen Union bereit, die Referate im Konferenzzimmer anzuhören, sofern hierüber kein amtliches Protokoll geführt werde und keine parlamentarische Debatte stattfinde.

Regierungschef Frick kann sich mit diesem Vorschlag nicht ganz einverstanden erklären, indem er darauf hinweist, dass die Referate ohne nachherige Besprechung des Problems mit den Herren von der Postverwaltung ohne grossen Nutzen wäre. Die Anwesenheit dieser zwei Herren von der Postverwaltung sollte unbedingt zur Abklärung des ganzen Problems benützt werden.

Abg. Dr. Alois Vogt ist grundsätzlich nicht gegen die Diskussion sofern kein öffentliche Protokoll darüber verfasst werde.

Abg. Bühler Oswald bringt seinen Verschiebungsantrag nochmals vor.

Vizepräsident Dr. Ritter bittet um Vorschläge über das Datum der nächsten Landtagssitzung.

Abg. Bühler Oswald: Wir lassen uns kein Diktat vorschreiben. Was die Bürgerpartei vorgeschlagen hat, geht in Ordnung und wenn dieser Vorschlag nicht genehm ist, beantrage er die Sitzung auf Freitag Vormittag zu verschieben. Er stellt noch fest, dass die Fraktion der Bürgerpartei noch eher in den Vorschlag der Vaterländischen Union eingelenkt hätte, wenn derselbe nicht in so diktatorischem Tone gehalten gewesen wäre. Ausserdem hätten die von der Bürgerpartei gewünschten Punkte ohne weiteres auch auf das Traktandum genommen werden können, da es sich ja schliesslich nicht um politische Angelegenheiten handle.

Vizepräsident Dr. Ritter erkundigt sich, ob sich die Herren Landtagsabgeordneten mit der Verschiebung der Landtagssitzung auf Freitag einverstanden erklären können.

Abg. Wendelin Beck wäre es angenehm, wenn die Sitzung auf Montag verlegt werden könnte.

Regierungschef Frick bemerkt, dass es sehr wichtig wäre, wenn

wenn der Landtag den Geschäftsbericht der Liechtensteinischen Landesbank heute noch erledigen könnte. Es wäre ausserordentlich wichtig, dass man denselben genehmigen könnte, nachdem er schon fast einen Monat vorliege. Vielleicht solle der Verwaltungsrat Heinrich Brunhart noch zur Angelegenheit Stellung nehmen.

Abg. Hasler Johann Georg: Wenn der Bericht schon lange vorliege, dann hätte er schon lange behandelt werden können. Es sei in diesem Falle nicht ihre Schuld, wenn er nicht erledigt werde. Es solle dem Antrage des Abgeordneten Dr. Vogt stattgegeben werden.

Abg. Brunhart Heinrich: Nachdem er schon vom Regierungschef zur Meinungsäusserung aufgefordert worden sei, so möchte er dieselbe auch bekannt geben: Nachdem es der Bürgerpartei mit der Ansetzung der Delegiertenversammlung nicht pressiert habe, sei es nicht in der Macht der Vaterländischen Union gelegen, diese Angelegenheiten zu erledigen. Man habe die Einberufung des Landtags auf letzte Woche erwartet.

Abg. Dr. Vogt beantragt Schluss der Debatte.

Vizepräsident Dr. Ritter ist für die Behandlung der Punkte 5, 6 und 7 der Tagesordnung an erster Stelle und nachherige Vertagung der Sitzung.

Abg. Bühler Oswald schlägt Verschiebung der Sitzung auf Freitag den 8. April vor.

Abg. Schädler Eugen ist ebenfalls dafür, dass man die Traktandenpunkte noch um diese paar Tage verschiebt. Nach dieser kurzen Zeit werde das Geld auch noch erhältlich sein. Er schlage vor, heute nur noch das Referat der beiden Herren von der Postverwaltung anzuhören.

Vizepräsident Dr. Ritter: Es liegen also einige übereinstimmende Anträge vor, die Sitzung auf Freitag den 8. April zu verschieben. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für die Vertagung der Sitzung auf Freitag den 8. April?

Abstimmung: mit 8 Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende erklärt sohin die Landtagssitzung auf Freitag den 8. April, 9 h vormittags vertagt.

Schluss 1020 h.

---oo0oo---

Protokoll genehmigt:

Der Landtags - Vizepräsident: _____

Die Schriftführer:

e-archiv!!!